

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Datenschutz in den Baselbieter Spitälern?**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#), Grüne

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 12. März 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In seinem Tätigkeitsbericht stellt der Züricher Datenschutzbeauftragte fest, dass zwischen Spitälern und Krankenkassen, teils explizit geheime Verträge/bzw. Praktiken bestehen, welche den Krankenkassen direkten Zugriff auf sehr persönliche Daten von Patienten gewähren und dies ohne die explizite Einwilligung der Patienten.

(Details siehe: www.datenschutz.ch/taetigkeitsberichte/2008_1-9_taehtigkeitsbericht.pdf)

Da Krankenkassen national tätig sind, vermutet der Züricher Datenschutz, dass es sich um ein schweizweites Problem handeln könnte. Wäre dies auch im Kanton Baselland gängige Praxis, so stünde dies im Widerspruch zum kantonalen Datenschutzgesetz.

In diesem Zusammenhang wird die Regierung gebeten die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten und allenfalls geeignete Korrektur-Massnahmen vorzuschlagen:

1. Bestehen in den Kantonsspitälern Verträge, Vereinbarungen oder entsprechende Praktiken mit den Krankenkassen, welche diesen Zugriff auf Patientendaten gewähren? Ist die explizite Zustimmung der Patienten zu dieser Dateneinsicht sichergestellt?
2. Wie beurteilt die Regierung die Rechtsgrundlage einer solchen Zusammenarbeit zwischen Spitälern und Krankenkassen, sollte eine solche Zusammenarbeit mit Baselland existieren?
3. Sollten solche Verträge o.ä. in Baselland existieren - wieso wurden die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes nicht bzw. ungenügend berücksichtigt? Hat die kantonale Datenschutzstelle ihre Aufgabe wahrgenommen?
4. Sollten solche Verträge o.ä. in Baselland existieren - welchen Einfluss nehmen die Krankenkassen bzw. ihre Fallmanager auf die Behandlung? In welchen Phasen der Behandlung werden die Fallmanager der Krankenkassen einbezogen und durch wen? Ist sichergestellt, dass die Patienten trotz des Einbezugs der wirtschaftlich orientierten Krankenkassen immer die bestmögliche verfügbare Behandlung erhalten?
5. Sollten solche Verträge o. ä. in Baselland existieren - welche konkreten Massnahmen plant die Regierung bezüglich dieser Verträge bzw. deren ungenügender Rechtsgrundlage? bis wann sollen allfällige Massnahmen realisiert werden.